

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 8,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbezeichnung: Nr. 23925, Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H., Breslau, Fernsprechnachdruck: Ring Nr. 2337.

Freitag, 25. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 3 getheilte Kilometerspalte oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Verbandsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die 10 Zeilenzeile, 3 getheilt oder deren Raum im Cent 4,- Mk.

Nieder mit der weißen Justiz!

Mit einer selbst in dem heutigen Deutschland überwindlichen zynischen Offenheit haben die deutschen Gerichte in den letzten Tagen die Machtmittel des zusammenbrechenden kapitalistischen Staates gegen die Proletarier angewendet. Die auf die Niederhaltung des Proletariats zugeschnittene Justiz und Gesetzgebung genügt den deutschen Machthabern heute nicht mehr.

Besondere Ausnahmegerichte fällen Bluturteile gegen die Arbeiter:

In Kassel bemüht sich ein Ausnahmegericht seit Tagen für das Urteil, das dort gegen kommunistische Arbeiter gesprochen werden soll, Gründe von den Spiegeln der kapitalistischen Regierung zusammenschwindeln zu lassen.

In Essen stehen fünfzehn Arbeiter vor dem Ausnahmegericht, die während des Kapp-Putsch die Republik verteidigt haben und deshalb heute des Mordes angeklagt werden. Dort hatte der Spiegel Lombroff, auf dessen Beschuldigungen sich das Urteil gründen sollte, einen Ehrenlebensanfall. Er erklärte, daß er für Geld die Aussagen in der Voruntersuchung gemacht habe, die ihm der Untersuchungsrichter in den Mund gelegt hat. Krampfhaft bemüht sich das Ausnahmegericht, weiter die Spiegelansagen zustande zu bringen, die das Urteil gegen die Arbeiter dekorieren sollen.

In Dessau wurden 26 Arbeiter aus Köthen zu Gefängnisstrafen bis zu neun Monaten verurteilt.

Das gleiche Ausnahmegericht verurteilte einen Tag später vier Stafffurter Arbeiter ebenfalls zu hohen Gefängnisstrafen.

In Magdeburg hat das Ausnahmegericht ein Verfahren gegen unseren Genossen Vater eingeleitet. Es mußte eingestellt werden. Genosse Vater aber wird aus dem Militärgefängnis in Magdeburg nicht entlassen.

Die Württembergische Justiz hat seit vorigem Sommer 120 Arbeiter zu 37 Jahren Zuchthaus und Gefängnis und mit 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

In Heidenheim schwebt gegen 142 Arbeiter ein Prozeß wegen einer Lebensmittel demonstration. In diesem Orte sitzt ein Kommunist seit 8 Monaten in Untersuchungshaft.

Vier Jahre Zuchthaus und 62 Monate Gefängnis wurden über eine Anzahl Ravensburger Arbeiter verhängt, die gegen ihr Elend auf den Straßen demonstrierten.

Von dem Stuttgarter Schwurgericht wurden vor wenigen Tagen neun Arbeiter zu 10 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt.

Das „Ruhr-Echo“, unser Parteiblatt in Essen, erhielt in einer einzigen Woche sieben Anklagen, die den Kampf gegen die kommunistische Presse vorbereiten.

Neue Prozesse gegen das Proletariat sind geplant. — In Chemnitz wurden drei Kommunisten verhaftet. Ein Anlaß, um sie zu verurteilen, wird gegenwärtig noch gesucht.

Täglich werden in Bayern unsere Genossen verhaftet. Das ist nur ein kleiner Teil der deutschen Justizschandtatzen aus den letzten Tagen.

Ihnen steht gegenüber:

die Vertagung des Prozesses gegen den Soldatenkinder Hüller,

die Amnestierung des Liebknechtmörders Vogel,

die Amnestierung von Kessel, dem Führer der Mörderzentrale im Edenhotel,

der Freispruch des Matrosenmörders Marloh,

der Freispruch der 15 Würzburger Studenten,

der Freispruch von Pflugk-Hartung,

die „Strafverjüngung“ des Jänsburger Kommunistenmörders,

die Straflosigkeit des Mörders von Hans Paasche,

die Straflosigkeit von Tamschick, dem Mörder von Jogisches und Dorenbach,

die Straflosigkeit der bekannten Mörder von Schottländer Phndran, der Vorwärtsparlamentäre, der Arbeiter von Sommerda!

Arbeiter, Genossen! Erhöhe Ausbeutung und Niederhaltung eures Widerstandes durch die Strafmachinerye ist euer Los. Verelendung, Hunger und Tod sind eure Zukunftsaussichten.

Der Ausnützung der Justiz gegen die Arbeiterschaft muß das Proletariat entgegengehen:

Eine geschlossene Kampffront zur Zertrümmerung des Staates als Herrschaftsorganisation des Kapitals,

zur Eroberung der politischen Macht, zur Erhängung der Rätereublik.

Der große Tag der 2 1/2-Internationale.

Die Konferenz in Wien eröffnet! Die politische Obdachlosen sollen also unter Dach kommen. Anwesend sind aus Deutschland: Crispian! Dittmann! Dismann! Gulerding! Lebour! Eipinski! Litschen Jieg! Aus Frankreich: Longuet! Renaudel! usw. mit ihren Freunden der Independent Labour Party aus England und den Herrschäften aus der Schweiz, Österreich Sozialdemokratie mit Kerner bis hinüber zum wilden Revolutionär Friedrich Adler spielt die freundliche Birrin. Mitgekommen sind noch Vertreter ungezügelter Massenparteien aus Bulgarien, Griechenland, Litauen, Alt-Rumänien, Neu-Rumänien, Deutschböhmen, Jugoslawien, Letland, Palästina (Koalition) und Sowjetrußland (Menschewitz und „Linke Sozialisten-Revolutionäre“). Besonders häufig unter diesem Heerbann nehmen sich die Balkan-Delegierten aus, bei denen es bekanntlich sozialdemokratische Parteien, nur mehr dargestellt durch die vielen Delegierten, die sich alle jetzt in Wien befinden, gibt. In Wien sind große Volksversammlungen einberufen, bei welchen die Mitglieder des Kongresses über proletarischen Klassenkampf und internationale Solidarität sprechen werden. Zurzeit nur gegen Verjüngung der Parteilegitimation.

Wir zitieren gern einmal den „Vorwärts“ von heute ab: „Für eine Internationale der halben Diktatur und der halben Demokratie gibt es zwischen der Londoner (lies Kasperdamer) Internationale, die sich zur Demokratie bekannt, und zur Moskauer Internationale, die die Demokratie verweist, keinen Platz mehr. Man muß sich entscheiden, und man sich neuer durchzumachen versucht...“ ist in Wien die unnummerierten Internationale.

Neue Krise im Ruhrrevier?

Nach einer Deno-Meldung, die von der bürgerlichen Presse unter obiger Stichworte wiedergegeben wird, hat der Beirat des Bergarbeiterverbandes eine Entschlieung gefaßt, nach der es erst dann wieder in Verhandlungen über ein Uebereinkommen eintritt, wenn eine bestimmte verbindliche Zusage hinsichtlich der Sozialisierung des Kohlenwesens gemacht worden ist.

Das ist eine irreführende Darstellung, denn die Bergarbeiter haben noch nie eine andere Stellung eingenommen. Sie haben immer erklärt, daß sie unter allen Umständen an der Forderung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues festhalten. Neu ist nur, daß nun auch der Beirat des Bergarbeiterverbandes endlich weniger doppelstimmig als bisher sich für die Forderung einsetzt.

Das kapitalistische Chaos.

Paris, 22. Februar. Das französische Bergarbeiterblatt „La Travailleur du Son-Sol“ veröffentlicht aufsehenerregende Angaben über Grubenhülegungen in Frankreich, aus denen unumwiderleglich hervorgeht, daß diese zum allergrößten Teil auf Rechnung der unaufhörlich hereinströmenden deutschen Kohlenzufuhren zu setzen sind und daß zahlreiche französische Bergarbeiter angesichts des deutschen „Kohlenlegens“ in immer steigenderem Maße zu feiern gezwungen werden. So haben zahlreiche Gruben des Departements Lot vom französischen Staatskohlenkontor seit einem Monat keine Versandauforderung mehr erhalten und infolgedessen den Grubenbetrieb einstellen müssen, was den Bergarbeitern in Gestalt einer Bekanntmachung mitgeteilt wurde. Die gleiche Bekanntmachung der Arbeitseinstellung ging den Bergarbeitern von Puy de Dome, Allier, Saone et Loire und der Pyrene zu. Teilweise Einstellung des Grubenbetriebes sind festgestellt in den Bergwerken von Singes, Montois, Bogieres, Saint-Berdoig, Saint-Legore, La Rure, Saint-Deraiv, Perreuil.

Weißer Justiz in Amerika.

Das amerikanische Kreisgericht verurteilte 5 Kommunisten, die ohne vorherige Genehmigung eine Parteiversammlung abgehalten hatten, zu je 3 Jahren Gefängnis. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte, daß die Parteigeheimeit der Angeklagten ohne Einfluß auf das Urteil gewesen sei.

Die Füchse im Eisen.

Zur gleichen Stunde, da sich in Wien die Zenträmmer aller Länder zusammenfinden, um die internationale Wundersuppe fertig zu bringen, die allen Geschmäckern gerecht werden soll, hat das Ergebnis der preussischen Wahlen den Zusammenbruch der stärksten Partei der 2 1/2-Internationale, der U.S.P., dieser „Bannerträgerin“ der „Bannerträger“ offenbart.

Auch im Reiche der Mitte geht die Sonne unter. Auch das „marxistische Zentrum“ kann seinem Schicksal nicht entgehen.

Freilich sucht sich die „Freiheit“ in ihrer Kassenjammerstimmung damit zu trösten, daß es ja nur eine Wahlniederlage sei. Aber hat nicht gerade die U.S.P. versucht, den Kampf des Proletariats in die Schranken des Kur-Parlamentarismus zu bannen, hat sie nicht gesucht, jede revolutionäre Lösung in die Geleise der bürgerlichen Demokratie zu führen, hat sie nicht den Wahlkampf zum Kampf um die Macht proklamiert?

Es sind die eigenen Waffen, die die Unabhängigen geschlagen haben. Gerade weil der ganze Kampf der U.S.P. nur ein parlamentarischer Scheinkampf war, ist diese Niederlage für sie so katastrophal.

Das wird durch nichts besser bewiesen, als durch das völlige Unvermögen der „Freiheit“, die Bedeutung und das Ergebnis der Preussenvahlen zu begreifen.

Sie setzt das Stimmverhältnis ohne weiteres gleich dem Kräfteverhältnis der Klassen im Kampfe, sie, die glaubt, sich über die Wahlniederlage erhaben zu dürfen, macht das Ergebnis einer Parlamentsabstimmung zu einer „Niederlage für das revolutionäre Proletariat.“

So esetzt die „Freiheit“ eine Analyse der Situation durch ihre gewiß sehr ehrliche Enttäuschung, ein Programm für die weitere Politik durch trauernde Phrasen. Diese Ratlosigkeit der Unabhängigen zeigt die eigentliche Bedeutung der Wahl. Sie hat die weitere Scheidung der einzelnen Klassen aufgedeckt, die Stärkung des kommunistischen Vortrupps und vor allem die Tatsache, daß es mit einer selbständigen Politik der Zentrumsleute der Unabhängigen zu Ende ist.

Der „Vorwärts“ hat die Konsequenzen aus dieser Lage gezogen, den Unabhängigen klar gesagt, wohin ihr Weg führt. Der „Vorwärts“, das Organ der offenen Parteien der Konterrevolution, der Schächter am Roske, kennt keinen Gegensatz mehr zu den Unabhängigen. Selbst ihre revolutionären Phrasen schrecken ihn nicht, denn er hat die richtige Interpretation gefunden. Er weiß, daß die Diktatur, wie sie die Unabhängigen auffassen, nichts anderes ist, als der § 48 der Reichsverfassung, das heißt, der Moskische Belagerungszustand. Und der „Vorwärts“ ladet fast unerbittlich die Unabhängigen ein, zusammen mit den Mehrheitskern in die Regierung zu gehen. Das heißt, die in der Vergangenheit weniger belasteten Unabhängigen sollen helfen, dem Menschewismus eine härtere Stellung zu bereiten, sollen die sozialdemokratische Ministerherrlichkeit retten. Die Unabhängigen sollen nunmehr offen die Bahn Eberis, Scheidemanns und Roskes betreten.

Das ist die Entscheidung, vor der die Unabhängigen stehen. Es ist nur die Folgerung aus der Tatsache, daß sie keine eigene Politik mehr haben, daß sie, die den Kommunisten die „täglich wechselnden Parolen“ vorwerfen, nichts an Lösungen aufzuweisen haben, als ein paar aufgewärmte Entrüstungsphrasen.

Es ist klar, daß die Kleinen Selben der großen Halbheiten auch dieser Entscheidung auszuweichen suchen. Sie suchen die Vergangenheit wieder herbeizuführen. Ein vergeblich Bemühen!

Die „Freiheit“ fordert die Mehrheitssozialisten auf, die alle Regierungskoalition weiter zu bilden.

Aber das würde doch heute erfordern, daß die Unabhängigen die alte Koalition unterfügen. Und von da ab bis zur Regierungsbeteiligung ist kein großer Schritt.

So helfen der „Freiheit“ alle Ausflüchte nichts. Die Revolution ist über die Plebs-Audition und die halben hnowege-Schritten. Sie fordert klare Entscheidungen im Kampf der Klassen. Die Einkerbungen haben die Entscheidung für den Kommunismus abgelehnt. Jetzt haben sie nur noch die Wahl, sich für Roske zu entscheiden. Man wird es mit Sträuben tun, man wird es nicht klar ausgesprechen, man das „Preßige“ zu wahren, aber man wird es tun müssen oder unterliegen!

Die Wiener Konferenz der unnummerierten Internationale.

Unser Wiener Mitarbeiter telegraphiert uns:

Wien, 22. Februar 1921.

Unter allgemeiner Teilnahme selbst des Wiener Proletariats wurde heute die sogenannte Internationale Konferenz des Zentrums eröffnet. Alle Parteien des Verfalls des europäischen Proletariats sind vertreten. Hilferding, Bonquet, Adler werden ungestört ihre Feiertagsartikel schreiben können, denn auf dieser Internationalen Konferenz befinden sich keine Tartaren und keine Kirgisen, auf dieser Konferenz sind keine erregten Debatten und der gute Ton wird nicht verletzt. Aber dafür befinden sich auf dieser Konferenz auch keine Revolutionäre. Es ist gewiss eine Tragödie des Proletariats, daß nach vier Jahren Weltkrieg und drei Jahren russischer Revolution Leute, die sich Führer der Avantgarde der Arbeiterschaft nennen, so wenig gelernt haben. Man kann auf der Wiener Konferenz sehr viele Schimpfkanonaden und Lügenoffensiven gegen Sowjetrußland hören, aber kein Wort über den Titanenkampf des russischen Proletariats, kein Wort über das Ringen der revolutionären Arbeiterschaft der ganzen Welt. Die Herrschaften sehen die Kräfte des Kapitalismus, sehen die Nachmittel der Bourgeoisie und erschrecken vor diesen Tatsachen, daß sie auf der anderen Seite die revolutionäre Organisation der proletarischen Kräfte nicht erblicken wollen. So oft Adler und Longuet, die beiden Redner des ersten Tages, über Moskau sprachen, brach charakteristischer Weise in der Versammlung der ehrenwerten Männer des Zentrums ein Entrüstungssturm aus!

Auf der Wiener Konferenz sind die meisten proletarischen Parteien nicht vertreten: Spanien, Italien, ganz Skandinavien und Amerika haben keine Vertreter geschickt. Es baten aber dafür die polnischen Sozialisten um ihre Eingliederung in die Reihen des Wiener Kongresses.

Der Kongress ist mit einer Rede Adlers eröffnet worden. Er begann damit, daß er alle Anwesenden aufzufordere, sich gegenseitig Barbon zu gehen über den Krieg und über die Ursachen des Zusammenbruches der Zweiten Internationale. Es sei am besten, über diese Dinge nicht zu sprechen. Er könne aber nicht umhin, den Tod der Zweiten Internationale festzustellen und betone, daß die Zentrifisten aller Länder sich in Wien nicht freudig zusammenfinden, sondern daß sie von einem großen Gefühl der Bescheidenheit bewegt würden. Dieses Wort „Bescheidenheit“ soll scheinbar die Kampfpapole der gestitzten Europäer werden, die sich in Wien gefunden haben!

Adler betonte weiter, daß die Internationale der Zentrifisten noch nicht die ideale Internationale sei, heute existierten eigentlich nur Kampfinternationale: ein Drittel befindet sich in Moskau, ein Drittel in London und ein Drittel in Wien. Adler sprach in bewegten Worten über die Zweite Internationale und sagte, man müsse von ihr nicht so reden, wie man es in Moskau beliebt, sondern man müsse sich bei ihrer Kritik eines guten Tones bedienen. Gegen Moskau wandte sich Adler in scharfen Worten und besprach den zu führenden Kampf gegen die Dritte Internationale. Dabei leistete er sich den Luxus einer historischen Parallele und sagte, daß die Moskauer Internationale nach dem Grundgesetz der alten Römer handele: teile, um zu herrschen! Adler kritisierte scharf den unvollkommenen Ton der kommunistischen Internationale und stellte förmliche Teile des guten Tones auf. Ueber die Organisation der kommunistischen Internationale, über die Kampfform von Millionen Proletariats der ganzen Welt wußte er nichts anderes zu sagen, als daß bei ihr der Kaiseranton herrsche.

Longuet sprach im Namen der französischen Delegation, er hat sich wirklich vollkommen geändert und sich absolut seinem Verbündeten, dem Herrn Renaudel von der Zweiten Internationale unterworfen. Aus seinen Worten spricht derselbe Haß gegen die Dritte Internationale wie aus den Worten Adlers. Longuet geht sogar noch weiter nach rechts als Adler; so betont er z. B., daß überall nur eine sozialistische Partei existieren müsse, das heißt, daß man sich überall mit den Scheidewännern und Renaudelianern vereinigen müsse. Er nannte die kommunistische Internationale eine Internationale der Anarchisten und verpöbelte die Tatsache, daß die unterdrückten Völker des Orients sich mit dem revolutionären Proletariat Europas und Amerikas gegen den Weltimperialismus verbünden wollten.

Der Kongress wurde ferner begrüßt von dem Bürgermeister der Stadt Wien, Reumann, der sehr schöne Reden über den Wiener sozialistischen Gemeinderat erzählte und das Herz der Delegierten durch die Schilderungen des Wiener Stadtes zu erweichen verstand. Unter großem Applaus sprach der Vertreter Jugoslawiens, Topalowitz. Er und seine sozialdemokratische Partei wurden übrigens von der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Partei sehr warm empfangen. Man repräsentiert aber Topalowitz eine ganz kleine Minderheit der jugoslawischen Arbeiterschaft. Die Kommunisten haben im Parlament 59 Mitglieder und die Sozialdemokraten 8. Jetzt brauchen die Sozialdemokraten den heinungslossten weißen Lottos, der in Jugoslawien herrscht, um eine Generaloffensive gegen die revolutionäre Arbeiterschaft des Landes zu führen. Die jugoslawische Sozialdemokratie ist die durch die Kugeln des weißen Lottos. Die Berichterstattung ist zu den Hilferdingen der übrigen Länder abgegründet!

Die Schweiz weiß deutsche Kommunisten aus.

Der Bundesrat hat den Schweizer Rat Pfing, geboren 1895 in Bären (Schweiz) wegen kommunistischer Propaganda in Winterthur, Zürich, Luzern, Bern und Basel aus der Schweiz ausgewiesen. Pfing war in St. Gallen vorher verhaftet worden.

Politische Uebersicht.

Die Spießgesellen des Herrn Kapp.

In der vergangenen Woche ist bekanntlich in Wien der Preßknappe der Märzputschisten vom Jahre 1920 verhaftet worden. Welche Sorte Delinquenten diese „Volksfreunde“ zur Wiederherstellung der „Ordnung“ und „Freiheit“ auserkoren hatten, geht aus einem kurzen Lebensabriß des Trebitsch-Lincoln hervor, den die kapitalistische „Freie Presse“ in Wien am Sonnabend, den 19. Februar, veröffentlichte. Anschließend an die Mitteilung der Verhandlung schreibt das Blatt:

Trebitsch-Lincoln hat eine bewegte, wechselvolle Vergangenheit. Er wurde als Sohn eines kleinen Kaufmanns in Ungarn geboren, kam in jungen Jahren nach Kanada und tauchte dann in England auf. Er war zur englischen Kirche übergetreten, in der er es bis zum Geistlichen brachte, und 1910 brachte er es fertig, als liberaler Abgeordneter in Dorlington in das Unterhaus gewählt zu werden. Aber bei den nächsten Wahlen verlor er das Mandat und kam in Zermürbungen mit seiner Partei. Er beschäftigte sich nun damit, als Gründer von Erdölgesellschaften in fernem Erdteilen Geschäfte zu machen. Ende 1915 tauchte er in Amerika auf und gab ein Buch unter dem Titel: „Revelations of an International Spy“ (Enttrollungen eines internationalen Spions) heraus, in dem er erklärte, er sei als deutscher Spion in England tätig gewesen und werde dort deswegen verfolgt. Das Buch war ein Schwindel. Lincoln wurde dann in England wegen Fälschungen in seiner Abwesenheit zu Gefängnis verurteilt. Nach dem Krieg tauchte er als Verfasser von Artikeln in den Spalten einer Berliner alldeutsch-antijewischen Zeitung (!) auf und wurde einer der Leiter des Presseamtes der Kapp-Regierung.

In der letzten Zeit beteiligte er sich intensiv an der Organisation des Widerstandes gegen die Entwaffnung der „Orge“ und der Heimwehren in Preußen und Bayern. Er hat auch dem tschechischen Außenminister Dr. Beneš Dokumente und Korrespondenzen in die Hände gespielt, aus denen hervorgehen soll, daß in Zentralerropa, namentlich in Deutschland, Desterreich und Ungarn, eine großangelegte Verschwörung zur Revolutionierung der Tschecho-Slowakei bestehe. Das Material, welches die Existenz einer solchen Verschwörung erweisen sollte, ist vermutlich gefälscht.

Trebitsch-Lincoln hat sich in Wien und Umgebung unter falschem Namen aufgehalten.

Ausgemachte Verbrecher hatten sich die Deutschnationalen zur Restauration des nachrevolutionären Deutschland erkoren. Diese politischen Abenteurer sind es, um deren Willen sich das deutsche Proletariat die Knochen zerbrechen lassen mußte, und die jetzt erneut konterrevolutionäre Verschwörungen anzetteln. Dieses Gefindel hat noch die Stirn, gegen die Kommunisten niedrige Verleumdungen zu schleudern. Wir können am Fall Trebitsch-Lincoln, ebenso wie am Fall Lombrod, dem Spießgesellen Severings, der „Erme“ der Nation ihre wahre Frage zeigen.

Der aktuelle Kautsky.

In der Nummer vom 20. Februar der Wiener „Arbeiterzeitung“, des Organs der österreichischen Hilferdinge, spricht Karl Kautsky in einem Artikel über den Ausgang des Betriebsrätekongresses der österreichischen Metallarbeiter über den gegenwärtigen internationalen Stillstand in der Arbeiterbewegung und meint:

„Kein Zweifel, die Tatsache ist unersichtlich, daß wir augenblicklich in die Defensive gedrängt sind. Das will nicht besagen, daß wir nicht imstande wären, irgend eine neue Position mehr zu erobern, wohl aber, daß wir zunächst nicht wieder einen Vormarsch auf der ganzen Linie zu erwarten haben und daß jeder Versuch, ihn zu erzwingen, nur mit einer Niederlage enden könnte, die unsere Situation erheblich verschlechtern würde.“

Das Stöken unserer Offensive ist zum Teil eine Folge der Enttäuschung unserer Kreise, die der Revolution die verhängenden Folgen des Krieges zuschieben. Zum Teil eine Folge der Verwirrung und Verdröhnheit, die durch Spaltungen und Bruderkämpfe bei vielen Arbeitern hervorgerufen wurden, sowie durch den Mißerfolg der bolschewistischen Revolution in Rußland. Aber noch hat die Gesamtmasse des Proletariats in Europa keine entscheidende Niederlage erlitten. Budapest und München, so fruchtbar ihre Konsequenzen waren, sind lokale Abfälle geblieben. An was liegt es, dafür zu sorgen, daß kommunistische Parteien nicht weitere enttäuschende Niederlagen herbeiführt. Gelangt was das, dann werden wir bald wieder kraftvoll genug sein, den Vormarsch erneut aufzunehmen.“

Also: während die Gesamtmasse des Proletariats in Europa von Monat zu Monat unter immer schärferer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Verkürzung der Lebenshaltung, allgemeiner Auspowerung und Verelendung zu leiden hat, während überall in Europa die Klassenorgane des kapitalistischen Staates in brutaler Form gegen die Arbeiterbewegung vorgehen, während auf der anderen Seite die kapitalistische Front sich immer fester formiert, die kapitalistischen Profite immer wüchziger anschließen; findet der besagte Theoretiker der Internationale 2 1/2, daß von einer entscheidenden Niederlage des europäischen Proletariats noch nicht gesprochen werden kann! Er sieht bloß die „kommunistische Gefahr“, gegen die zu kämpfen sei, damit das Proletariat obstehe!

Herr Kautsky ist zweifellos wieder einmal sehr aktuell! Er freut sich der kapitalistischen Niederwerfung, die ja der menschheitliche Vorsehung für die „Sozialisierung“ sein soll und die nur möglich ist, weil er und seine Kollegen der revolutionären Kampf... auf Erfüllung einer jüdischen proletarischen Ausmergen des Kapitalismus

ablehnten. Nur stehen die Kautsky und Genossen vor den Scherben ihrer Erwartungen. Der Kapitalismus pöppelt sich wieder fett auf Kosten des Proletariats, dessen Widerstands- und Aktionskraft sich immer mehr dabei gerührt. Aber anstatt die Augenwendung zu ziehen, daß ihre bisherige Strategie falsch gewesen, schnapfen sie auf die Kommunisten, weil sie die Sammlung des revolutionären Proletariats nur zum Kampf gegen den Kapitalismus wollen, nicht zum Einverständnis mit ihm. Es liegt wirklich nicht an ihnen, wenn die entscheidende proletarische Niederlage noch nicht Tatsache geworden. Und anstatt darüber zu finnen, wie sie abzuwenden, bestreift sich Herr Kautsky im gleichen Artikel einiges Theoretisieren über den Begriff der — Gewalt! Er schreibt:

„Kein Wunder, wenn diese militärische Auffassung auch in der Zivilbevölkerung und sogar in weiten Schichten der Arbeiterschaft Fuß faßte. Sie beriefen sich auf das Marxsche Wort, daß die Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft ist.“

Dabei wird meist vergessen, daß Marx in der angezogenen Stelle des „Kapitals“ (Volksausgabe S. 680) der „brutalsten Gewalt“ entgegensetzt „die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft“, was etwas anderes ist als bloßer Terrorismus. Es wird aber auch vergessen, daß Marx dort der Gewalt nur die Aufgabe zuerkennt, den „Verwandlungsprozeß“ der alten in die neue Gesellschaft zu „fördern“ und „die Uebergänge abzukürzen“. Oder, wie er im Vorwort zur ersten Auflage sagt, „die Geburtswehen abzukürzen und zu mildern“, was durch die Methoden „brutalster Gewalt“ kaum erreicht wird.“

Die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, die etwas anderes ist als „bloßer Terrorismus“... befindet sich, soviel wir wissen, zurzeit noch im Besitze der Bourgeoisie. Und man braucht nur etwa die unabhängige Presse zu lesen, um zu wissen, wie sehr sie über den bürgerlichen Terrorismus jammert. Entweder heuchelt sie nur — oder ihr Parteigänger Kautsky ist ein kompletter Schwachkopf. Anders ist der Widerspruch zwischen der menschewistischen Agitation und Theorie nicht zu klären.

Zur übrigen: was versteht nun eigentlich Kautsky unter der Gewalt oder „brutalster Gewalt“ im proletarischen Kampf gegen die kapitalistische Ordnung?

Polizeiliche Streichung der November-Revolution in Mecklenburg.

Das Polizeiamt der Mecklenburgischen Seestadt Rostock hat die November-Revolution in der Weltgeschichte gestrichen. Ein Rostocker Bürger verlangte eine Bescheinigung seiner Wahlberechtigung für die Landtagswahl, worauf ihm das Polizeiamt folgenden Bescheid sandte:

Polizeiamt
der Seestadt Rostock. Rostock, den 15. Februar 1921.
3. Antrag v. 14. d. Mts.

Ihrem Antrage vom 5. d. Mts. auf Ausstellung einer Bescheinigung für Sie gem. § 17 Ziffer 2 der Wahlordnung für die Neuwahlen zum Landtag kann nicht entsprochen werden, weil Sie durch Urteil des Feldkriegsgerichts der Aufklärungsjahre Wilhelmshaven vom 10. Dezember 1917 wegen verurteilter Kriegsverrats zu acht Jahren und einem Monat Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus der Marine verurteilt sind und diese Strafe nach Auskunft der Strafregisterbehörde in Berlin vom 11. d. Mts. nicht gelöscht ist. (Unterschrift unleserlich.)

Die November-Revolution existiert also nicht für das Polizeiamt Rostock. Durch Erlass der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 sind für alle politische Straftaten Amnestie gewährt. Der Betreffende hat auch im März 1919 von der Staatsanwaltschaft der R. J. I Kiel ein Schreiben erhalten, in dem der Strafverfall auf Grund der Amnestie bestätigt wurde. Seitdem war der Mann in Rostock und in Mecklenburg als Stadterordneter tätig. Er hat zur Nationalversammlung und zur ersten preussischen Landesversammlung gewählt, ja sogar von der Rostocker Polizei eine amtliche Wahlaufrorderung erhalten.

Die Mecklenburger aber geniert das nicht. Regieren dort noch immer Fritz Reuters Komuchelstöpfe?

Kapitalistische Wirtschaft Neue Verschmelzungen.

Herr Stinnes entwickelt einen immer größeren Appetit. Nachdem er soeben erst die Siemens-Schuckert-Werke in seinen Interessensbereich gezogen und damit den Hauptträger der deutschen elektrischen Industrie sich untertanig machte, beabsichtigt er jetzt auch den Bochumer Verein für Bergbau und Stahlherstellung seinem Trast einzuliefern. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß nunmehr eine oberhalb Generalversammlung des Bochumer Vereines den Zusammenschluß mit dem Stinneskonzern beschließen soll. Interessant ist an der neuen Fusion vor allem, daß auch einige Großbanken, nämlich die Diskonto-Gesellschaft, die Darmstädter Bank und die Nationalbank für Deutschland daran führend beteiligt sind. Industrie- und Finanzmagnaten verhandeln sich zum Zweck der Vertrauensstellung der deutschen Wirtschaft. Sie wissen, daß sie dabei auf ihre Kosten kommen werden, die das Proletariat mit erhöhter Ausbeutung und Arbeitslosigkeit zu bezahlen haben wird.

Auch in anderen Sparten konzentriert und festigt sich das deutsche Industriekapital von Tag zu Tag, von Woche zu Woche mehr. Nur einige Mittelungen aus den letzten Tagen:

Die A.-G. für Eisenbahnbau in Weimar beabsichtigt sich mit der Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Guss in Danzig zu fusionieren. Betrieb und Produktion von Eisenbahnbauartikeln werden durch diese neue Verschmelzung unter einen Hut gebracht.

In der Spiritusindustrie macht die Kapitalkonzentration gleichfalls gewaltige Fortschritte. Der Rüstert-Konzern

weiterhin wiederum die Aktienmehrheit der Bergschloß Brauerei und Malzfabrik Brandt & Co. in Grünberg i. Schl. erworben.

Auch die Redaktionen beginnen sich immer mehr zusammenzuschließen. So hat die Boermann-Linie mit der Deutsch-Ostafrika-Linie, die ihr Kapital von 10 auf 20 Millionen Mark erhöhte, eine Interessengemeinschaft auf 50 Jahre abgeschlossen.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin beteiligt sich gleichfalls an der deutschen Erziehung. Um dauernden Absatz für ihre Motoren zu haben, und gleichzeitig maßgebenden Einfluß auf die Preise in der Waggonindustrie zu gewinnen, hat sie sich die Linke-Hofmann-Werke in Breslau angegliedert. Ihr Aktienkapital erhöhte sich zu diesem Zweck auf 850 Millionen Mark von 300 Millionen Mark. Gleichzeitig hat sie sich zur weiteren Verwirklichung auf dem Justizierungsgebiete neue Mittel im Betrage von 250 Millionen Mark durch Obligationen-Ausgabe verschafft. Zum Teil sollen sie zur Belebung des Auslandsgeschäftes dienen.

Der Textilwucher.

Während im Preissturz für Rohstoffe auf dem Weltmarkt noch kein Einhalt zu sehen ist, halten sich die deutschen Textilpreise unverändert auf gleicher Höhe, wenn sie nicht noch steigen. Die Unternehmer nützen den Mangel an Textilien in Deutschland in der rücksichtslosesten Weise zur Verfrachtung ihrer Profitgelder aus und denken gar nicht daran, die Preise für Fertigfabrikate entsprechend dem gewaltigen Preissturz auf dem Weltmarkt anzupassen. Kein Wunder deshalb, daß sie im Dividendenregen geradezu ertrinken. So wollen bei zum Teil überaus reichlichen Abschreibungen für das laufende Geschäftsjahr Dividende verteilen: die Bachmann & Labwig A.-G. in Chemnitz 25 Prozent Dividende und 15 Prozent Bonus, insgesamt also 40 Prozent vom Aktienkapital. Der Gesamtgewinn stieg von rund 1,4 Mill. Mark im Vorjahre auf rund 5,2 Millionen Mark im abgelaufenen Geschäftsjahre. Außerdem konnte die Gesellschaft noch die Firma Paul Salomon in Berlin-Oberschöneweide aus Handlungsüberschüssen auskaufen und ihren Betrieb auf eigene Rechnung weiterführen.

Die Aktiengesellschaft für Strumpfwarenfabrikation vorm. Dr. Segall in Berlin verteilt 30 Prozent Dividende auf das um 3 auf 6 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital und 6 Prozent Dividende auf die mit 25 Prozent eingezahlten Vorzugsaktien. Ihr Reingewinn stieg im letzten Jahre um 200 Prozent von 600 000 Mark auf 1,8 Millionen Mark.

Die Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg will 21 Prozent Dividende auf das Stammkapital und 6 Prozent Dividende auf die eingezahlten Beträge der Vorzugsaktien bezahlen, die Mechanische Weberei Nittelbach in Augsburg begnügt sich mit 18 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre.

Ist es ein Wunder, angesichts solcher geradezu märchenhaften Profite des Textilkapitals, daß Millionen der deutschen Bevölkerung kein Hemd auf dem Leibe tragen und nicht in der Lage sind, sich eines zu beschaffen.

Gewerkschaftliches.

Erst die Kommunisten raus, dann „gegen das Kapital“.

Die Chemnitzer Metallarbeiter für einen außerordentlichen Verbandstag.

In der Generalversammlung der Chemnitzer Metallarbeiter am Dienstag im „Kollosteum“ sollte ein Bericht der Stuttgarter Betriebskommission gegeben werden. Die Ortsverwaltung hatte einen dahingehenden Antrag eines SPD-Mannes einstimmig angenommen. Die SPD-Leute hielten sich an diesen Beschluß nicht und unterschlugen ihren eigenen Antrag. Kollege Hausbing forderte die Beschickung der nach Berlin einberufenen Reichskonferenz der Metallarbeiter. Das wurde zwar abgelehnt, aber durch das Drängen der Kommunisten sahen sich die SPD-Leute selbst gezwungen, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des D.M.B. in einer Resolution zu fordern.

Zur Generalversammlung war ein SPD-Flugblatt herausgegeben worden, das die Stelle enthielt: „Der Kampf gegen die Kommunisten ist die notwendige Vorbedingung zum Kampf gegen das Kapital.“ Deutlicher als die Chemnitzer SPD. es tut, kann der Wille zur Spaltung der Gewerkschaften allerdings nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden. Man will die Kommunisten unter allen Umständen aus den Gewerkschaften ausschließen, um dann Gewerkschaften zu haben, nicht gegen das Kapital, sondern für dessen Wiederaufbau.

Unternehmerprofite und Kurzarbeit in der Margarine-Industrie.

Der Fabrikarbeiterverband schreibt uns: Ein klassisches Beispiel, wozu die Vertiefung der Industrie führt, sind die augenblicklichen Verhältnisse in der Margarine-Industrie. Der größte Teil derselben wird von zwei Konzernen beherrscht und zwar vereinigt die Firma Jürgens & Pringen in Goch 60 Prozent, die Firma von den Bergh in Cleve 25 Prozent, während der übrige Teil ringförmig ist. Von Unternehmenseite wird man immer behauptet, durch die Zusammenfassung der Industrie werde die Produktion vergrößert und dadurch könnten die Preise herabgesetzt werden. Das Gegenteil kann man in der Margarine-Industrie beobachten. Während im letzten halben Jahr in den Betrieben der beiden Trustkonglomerate Hochkonjunktur mit zeitweiser Einstellung der Arbeitsstunden bis zu 4 Stunden abwechselte, waren die ringförmigen Firmen durchweg ohne Ausnahme stets nicht nur voll beschäftigt, sondern verlangten sogar noch Überstunden. Die Ursache war, daß die Trustfirmen trotz an den Preisen festhielten, während die ringförmigen Firmen mit denselben Preisen umgingen, zeitweise sogar mit 1. —

pro Pfund und darüber billiger waren als die großen Firmen. Nach unserer Meinung müßte es den Trustfirmen möglich sein, nicht nur zu denselben Preisen, sondern vermöge ihrer Konzentration noch billiger ihre Produkte zu verkaufen, wenn nicht ihr Profitgier sie daran hindern würde.

In Berlin gehören die Margarinewerke „Berolina“ in Dichtenberg zu dem von den Bergh'schen Konzernen und hat die Belegschaft schon seit dem vergangenen Jahr unter diesen Verhältnissen zu leiden. Wenn am Anfang der Woche noch Überstunden verlangt wurden, sollten am Ende derselben schon Entlassungen vorgenommen werden; die Entlassungen waren noch nicht ganz durchgeführt, wurden schon wieder Überstunden verlangt und, als diese verweigert wurden, Neueinstellungen vorgenommen, die nach zwei bis drei Wochen wieder zur Entlassung kamen und die übrige Belegschaft arbeitete dann wieder verläßt. — So ist das Auf und Nieder bereits viermal innerhalb eines halben Jahres zu verzeichnen. Die Belegschaft ist jetzt entschlossen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diesen Zuständen ein Ende zu machen. In einer am 17. Februar 1921 tagenden Betriebsversammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Der Verband der Fabrikarbeiter wird beauftragt, den Gefahren, die der Arbeiterschaft drohen, ganz energisch entgegenzutreten. Seit Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Margarine mußten die Margarinearbeiter viermal längere Zeit verkürzt arbeiten und außerdem größere Entlassungen über sich ergehen lassen. Diesen Zustand können die Margarinearbeiter nicht länger ertragen, wenn sie nicht einer noch größeren Verelendung entgegengehen sollen. Wir erheben die Forderung an den Hauptvorstand, Schritte beim Arbeitgeberverband zu unternehmen, daß bei Kurzarbeit 70 Prozent des entgangenen Lohnes zu zahlen sind, andernfalls das Lohnabkommen zu kündigen ist und dann entsprechende Löhne zu fordern. Gleichzeitig ersuchen wir den Hauptvorstand, sofort eine Margarinearbeiter-Konferenz des ganzen Reiches einzuberufen, um zur Frage der Kurzarbeit Stellung zu nehmen.“

An unsere Postabonnenten!

Damit in der Lieferung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ keine Unterbrechung eintritt, muß diese für Monat März sofort bestellt werden.

Bleibt unsere Zeitung aus, so ist zunächst mündlich oder schriftlich Beschwerde beim Vorsteher des Bestellamts einzureichen. Ist diese Beschwerde erfolglos, so wende man sich an den Verlag der „Schles. Arb.-Ztg.“

Genossenschaftliches.

Hinter den Kulissen der Konsumvereinsbürokratie.

Wozu die außerordentl. Generalversammlung am 14. März?

Allenfalls beginnt es jetzt innerhalb der Konsumvereinsbewegung zu gären. Breite Mitgliedermassen befinden sich in Opposition zu den Instanzen, die eine Willkürherrschaft über die proletarischen Mitglieder errichtet haben und mit dem Organisationsapparat — einschließlich Genossenschaftspresse — Schindluder treiben. Zwischen den drei Millionen Genossenschaftsfamilien und ihren Geschäftsführern klafft eine tiefe Kluft. Während das nackte Lebensinteresse der Mitglieder einerseits das proletarische Klassenbewußtsein, und andererseits den revolutionären Kampfwillen (wie in den Gewerkschaften, so auch in den Genossenschaften) steigert, entwinden die Herren Vorstände und Sekretäre den Genossenschaftsapparat immer mehr den Händen des Proletariats und stellen ihn dem Kapitalismus und seinem Wiederaufbau zur Verfügung.

Damit hier eine Änderung eintritt, damit endlich der verhängnisvollen derzeitigen Genossenschaftspolitik ein Ende gesetzt werde, wird aus Mitgliederkreisen seit längerer Zeit gefordert: sofortige Einberufung einer außerordentlichen Genossenschaftstages; die Delegierten hierzu sollen auf örtlichen Generalversammlungen, auf denen die Tagesordnung des Genossenschaftstages zur Diskussion zu stehen hat, durch Urwahl von den Mitgliedern gewählt werden. Nur so kann der souveräne Wille der breiten Mitgliederkreise selber die Grundzüge und zukünftige Taktik der Genossenschaftsbewegung bestimmen.

Dieser selbstverständliche Mitgliederwille wird von der Bürokratie die ganze Zeit über sabotiert. Nun soll er durchkreuzt werden! Ganz plötzlich rufen die Herren Vorstände und Co. eine außerordentliche Generalversammlung auf den 14. März nach Frankfurt am Main ein. Aber nicht für den Zentralverband, sondern für die Groß-Einkaufsgesellschaft, die G.E.G., also das geschäftliche Zentrum der Bewegung. Wahrscheinlich glaubt man auf diese Weise leicht eine Rechtfertigung seiner händlerischen Politik geben und billig ein Vertrauensvotum erhalten zu können.

Auf jeden Fall wird man entscheidende Beschlüsse fassen wollen, um auch in Zukunft völlig freie Hand zu haben.

Mitglieder auf die Posten! Was dort von der G.E.G. beschlossen werden wird, die das Bollwerk der Reaktion im Zentralverband ist, geht Euch und Eure Organisation an. Von dort kam damals die verhängnisvolle Parole: „Begrenzt die Zwangswirtschaft“, unter deren katastrophalen Folgen sich Tausende von Euch im Hungertode wunden. Damals habt Ihr nicht dafür gestimmt; Euch Mitglieder hätte man ja überhaupt nicht gefragt. Sicher Euch diesmal Eure Rechte. Wieder sollen hinter Euren Rücken weitgehende Beschlüsse gefaßt werden. Das ist rein grundfälschlich!

Bei der „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Austräger oder Kolporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Unterzeichnete... bestellt hiermit die
Schlesische Arbeiter-Zeitung
Erscheinungsort Breslau
für den Monat.....
Bezugspreis pro Monat 6.10 Mark einschl. Bestellgeld
(Der Betrag ist vom Briefträger einzufassen.)
Name u. Stand:.....
Wohnort:.....
Straße u. Haus-Nr.

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

betrachtet schon ein Unfug. Die G.E.G. ist der Konsumverein der Konsumvereine, in denen Ihr die bestimmenden Faktoren seid. Euch muß daher vorher eine Stellungnahme ermöglicht werden. Eurem Mehrheitswillen haben sich die Funktionäre zu fügen. Heute ist es umgekehrt, und Ihr laßt Euch wie Nadeln behandeln.

Das geplante Manöver und die Ueberlöschung muß verhindert werden. Nach dem Statut der G.E.G. kann jeder Konsumverein (der Gesellschafter der G.E.G. ist) beliebig viele Delegierte senden, die dort Redefreiheit haben. Stimmberechtigt davon sind bis 10 000 Mark Stammanteil ein Bevollmächtigter, bis 30 000 Mark zwei Bevollmächtigte, bis 100 000 Mark drei usw. Die Ausweis- und Stimmkarten bestellt die Verwaltung. Ihrer Verantwortung und Pflicht bewußte Mitglieder werden unbedingt dafür sorgen, daß die Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung durch Urwahl bestimmt werden. Hierzu sind sofort außerordentliche örtliche Generalversammlungen einzuberufen, auf denen das Thema und die geplante Resolution zur Diskussion stehen müssen. Solange bis dies organisatorisch durchgeführt ist, muß die überstürzt einberufene Tagung in Frankfurt hinausgeschoben werden. Auch die Betriebsräte werden sich Delegatoren erzwingen müssen.

Es wird kaum nötig sein, diese Notwendigkeiten zu begründen. Jeder Genossenschaftler weiß vom letzten Genossenschaftstag in Hartzburg her, was für eine unhaltbare Situation daraus entsteht, wenn ohne Vorwissen und ohne Befragen der Mitglieder solche entscheidenden Beschlüsse, wie damals für die Freie Wirtschaft, gefaßt werden, die der Ueberzeugung des weitaus größten Teiles der Mitglieder widersprechen und einer Verhöhnung ihrer sozialistischen Anschauungen gleichkommen. Das darf sich in einer — vielleicht noch wichtigeren Frage — auf keinen Fall wiederholen! Die Geheimnisthämerei hinter den Kulissen, die Situationswirtschaft innerhalb der Bürokratie muß ins helle Sonnenlicht gezerrt werden, damit alle Mitglieder sehen, was da vor sich geht und geplant ist.

Ueberhaupt muß dem Treiben der G.E.G. von Mitgliederseite aus einmal gründlich auf die Finger gesehen werden. Der starke diktatorische Einfluß der G.E.G. auf die Genossenschaftsbewegung ist ebenso unheilvoll wie gefährlich. Schon im November 1919 (!) diktierte sie den Kurs: zurück zur freien Konkurrenz. Diesen Geschäftserwägungen mußte sich die sozialgenossenschaftliche Einsicht der Genossenschaftler unterordnen. Wie warnte damals sogar ein Professor Staudinger („Rundschau“ vom 17. 1. 20): aber diese G.E.G. ist schamlos genug, sogar angesichts der furchtbaren Folgen noch über ihren „Siege“ zu triumphieren, und erst jüngst ließ sie wieder erklären, daß sie das völlig freie Spiel von Angebot und Nachfrage erstrebe. In eben diesem November zerfiel die G.E.G. die eingeleitete Organisation des Warenanstands mit den russischen Genossenschaften (siehe Jahrbuch 1920, S. 885). Diese G.E.G. praktizierte zuerst die Brotlosmachung von Angeestellten, und warf sie einfach aus dem Betrieb, weil sie sich kommunistisch und unabhängig betätigt hatten, und trug damit Verwundung in die Genossenschaften. In welcher Standbarte Weise wurden die ganze Zeit über schon die Betriebsräte behandelt; schlimmer als vom revolutionärsfeindlichen Unternehmer. Diese paar Erinnerungen mögen genügen.

Mitglieder, Arbeiter und Angeestellte! Diese G.E.G. ist es vor allem, die unter ihrer derzeitigen Leitung die Genossenschaftsbewegung in die Irre geführt hat und sie völlig zum Ruin bringen wird. Diese G.E.G. aber ist Euer eigener genossenschaftlicher Betrieb. Ihr seid für alles, was dort geschieht, verantwortlich. Ihr habt die Folgen zu tragen.

Was wollt Ihr also tun, daß sie nach Eurem Sinne geleitet wird? Gebraucht Euer demokratisches Selbstbestimmungsrecht und sichert Eurem Willen bei der nächsten Generalversammlung den Erfolg! Sorgt, daß die obigen Parolen schleunigt durchgeführt werden, damit endlich dem Treiben hinter den Kulissen der Konsumvereinsbürokratie ein Ende gemacht wird.
Karl Bittel.

Aus der Provinz.

Brief- und Geldsendungen an die Partei sind nicht an den Verlag, sondern an die Bezirksverbandsleitung der R.A.P.D. Breslau 1, Nikolaistraße 49/50, direkt zu senden.
Geschäftsstelle
der „Schles. Arbeiter-Zeitung“.

Haben Sie schon die **„Schlesische Arbeiter-Zeitung“** bei Ihrer Postanfrage bestellt, damit Sie das Organ der **S.A.P.D.** schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Schein aus:

Zeitungsbestellung

Ich bestelle hiermit die **„Schlesische Arbeiter-Zeitung“** für **_____** Monate zu dem Preis von **_____** Mark.

Bestellen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der **„Schles. Arb.-Ztg.“** bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

Alle **Beilagen- und Rotarbeits-Sammelhefte** sind sofort an das **Beiratsverhandlungssekretariat Breslau** einzuliefern und die geeigneten Beträge auf **Postkassenkonto Nr. 31 913 Billa Ziegler, Breslau** oder per **Postanweisung an Bernh. Grunow, Breslau, Nikolaistraße 49/50** einzuliefern.

Beiratsverhandlungsleitung Breslau.

J. A.: B. Grunow.

In einer vorhergehenden Generalversammlung des **DEB** war einstimmig der Beschluß gefaßt worden, je einen Vertreter der beiden Richtungen referieren zu lassen. Dieser Beschluß war natürlich nicht der **Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie** des **DEB** in den Kram. Sie legte rechtzeitig ihre Begehrnisse, wobei **„Lift, Schlaucht, Verschwigen der Wahrheit“**, alle diese annehmblichen Methoden Lenins reichlich angewendet wurden. „Zufällig“ erfuhr der Hauptvorstand, daß Genosse **Brandler** sprechen sollte und promt erhielt die **Ordnungsvollmacht** den gewünschten Befehl. Genossen **Brandler** nicht sprechen zu lassen. Gegenüber der finsternen Diktatur von **Moskau** will **Amsterdam** bekanntlich die reine Demokratie, den Willen der Mehrheit als höchstes Gesetz. Wenn die **Breslauer Arbeiter** bei dieser Versammlungsanordnung das Gegenteil wahrnahmen, so mögen sie an das bekannte Wort denken: **„Richtet Euch nach meinen Worten, nicht nach meinen Taten.“**

Nach Statut darf ein Nichtmitglied in **Gewerkschaftsversammlungen** nicht sprechen. **Brandler** ist kein Eisenbahner, Genosse **Gesche** aus dem Verbanne ausgeschlossen. Doch wenn **Moske** in **Hannover** vor **Gewerkschaftsversammlungen** redet, verbietet das kein Statut. Denn er ist keine Sprengzelle, er erstickt höchstens die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse. Da sich nun der gesunde Menschenverstand der **Breslauer Eisenbahner** sagte, daß das Statut für die **Gewerkschaftler** und nicht die **Gewerkschaftler** für das Statut da sind, bereiteten sie die Abhebung der Tagesordnung und erzwangen, daß Genosse **Schiemans** seinen Zweck erreichte.

Kollege **Bernard** nützte als erster Redner diesen taktischen Vorteil gehörig aus. Er verurteilte das Verhalten des Hauptvorstandes in der letzten Lohnbewegung zu recht fertigen. Ueber **Moskau** hörte man die bekannten Tiraden. Nach Genossen **Bernard** gibt es in **Rußland** keine **Gewerkschaften**. In **Rußland** würden die 5 Millionen **Gewerkschaftler** über solche Weisheit lachen. Vielleicht noch mehr über die Arbeiter, die sich solche Waren aufbinden lassen. Die **Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale** ist eine rein wirtschaftliche Organisation. Sie hat eine „sechszigjährige Erfahrung“ (Geschichtskennntnisse!) hinter sich. Ihr ehrwürdiges Alter (!) mache sie alleine schon dem Arbeiter empfehlenswert. Auf einen Zwischenruf gab Kollege **Bernard** zu, daß bei **Kriegsausbruch** **Amsterdam** noch in den **Kinderschuhen** stehe (sechszigjähriges ehrwürdiges Alter!). Die **Arbeitergemeinschaft** ist für die Arbeiter immer noch etwas gutes, für **Stinnes** natürlich auch. Die **Betriebsräte** sind noch nicht soweit, die Betriebe zu übernehmen! Dieses **Arbeitszeugnis** für die deutschen Arbeiter wäre ein **Arbeitszeugnis** für die **deutschen Mehrheitssozialisten**, die behaupten, die Arbeiter sechzig Jahre lang ergötzen zu haben.

Von den **Kommunisten** behauptet er, daß nur solche ausgeschlossen werden, die sich unklare Handlungen zu Schulden kommen lassen. So und ähnlich ging das ganze Referat, das sich mehr durch **Quantität** als durch **Qualität** auszeichnete. Um 10 1/2 Uhr erst konnte Kollege **Schiemans** sein Referat beginnen. In Anbetracht der noch zur Verfügung stehenden Zeit war es ihm nur möglich, kurz die Ziele und Aufgaben der **Moskauer Internationale** zu skizzieren. Die **Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale** steht durch das **Arbeitsamt** im engsten Zusammenhang mit dem **Völkerverband**. Im Gegensatz zu **Amsterdam** führt die **Moskauer Internationale** den schärfsten Kampf gegen das internationale Kapital. Es will die **Gewerkschaften** zur **Organisation** des **Massenkampfes** umformen, damit die Arbeiter durch die **Gewerkschaften** ihre wirklichen **Klasseninteressen** wahrnehmen können. Weiter widerlegte Kollege **Schiemans** die falschen Darstellungen über die **russischen Gewerkschaften**. In der Diskussion lag ein Antrag eines Kollegen gegen die **Kommunisten** im **DEB** vor. Er lautete: Auf Grund der Handlungsweise, welche vom **Hauptvorstand** des **DEB** gegen die **Anhänger** der **Moskauer Internationale** unternommen wurde, scheidet sich die **Breslauer Ortsgruppe** des **DEB** von dem **DEB** ab. Die **Mitglieder** der **Breslauer Ortsgruppe** des **DEB** verurteilt die **Handlungsweise** des **DEB** und fordert mit allem Nachdruck sofortige **Entziehung** aller bis jetzt gestellten **jetzige angelegten Arbeitszeugnisse**, welche gegen **Anhänger** der **Moskauer Internationale** verhängt wurden. Weiter wurde ein **Entscheidungsantrag** eingebracht, der besagt, daß die im **Deutschen Eisenbahnerverband** organisierten, auf dem Boden der **3. Internationale** stehenden Kollegen damit einverstanden sind, daß solche Kollegen, die sich **gemeine Vergehen** gegen

die **Organisation** zu schulden kommen lassen, ohne **weiterhin** ausgeschlossen werden.

Infolge vorgerückter **Polizeistunde** konnte über die **Entscheidungen** nicht abgestimmt werden, es wird Aufgabe der **revolutionären Eisenbahner** sein, in einer weiteren **Versammlung** sich über die **grundsätzliche Haltung** ihrer **Ortsgruppe** klar zu werden.

Die **Arbeitslosigkeit** wächst weiter. Während die **Bourgeoisie** prahlt und schlemmt, geht die **Bereicherung** der **Massen** weiter. Das **Kapital** bricht **Maschinen, Fabriken, Produktionsmittel** ab und verschiebt sie nach dem **Ausland** und das **Deer** der **Arbeitslosen** wächst immer mehr. Es ist nicht mehr möglich, seine eigenen **Lohnsklaven** zu ernähren, zu kleiden. Der **Dezernent** für **städtische Erwerbslosenfürsorge** berichtet, daß im **Monat Januar** gegen den **Normalstand** wieder ein **großerer Zugang** in der **Zahl** der **männlichen Erwerbslosen** und **Unterstützungsempfänger** zu verzeichnen ist. Bei den **weiblichen Erwerbslosen** ist ein **weiter Rückgang** zu verzeichnen. Es meldeten sich im **ganzen 4926 Männer** und **906 Frauen**, zusammen also **5832 Erwerbslose**. **Anträge** wurden aufgenommen: a) von **Männern 8132**, darunter **108 Jugendlichen**, von denen **2168** erneute **Anträge** waren. b) von **Frauen 906**, darunter **79 Jugendlichen**; von denen **649** erneute **Anträge** waren. Im **ganzen** wurden demnach **4938 Anträge** aufgenommen und seit **Bestehen** der **Erwerbslosenfürsorge** **105080**. Es blieb am **31. Januar 1921** ein **Bestand** an **Unterstützten** **8323 Männer** und **2768 Frauen**, zusammen **9091**. Die **Zahlen** der **schon im Arbeitsnachweis** **Meldenden**, also auch der **Nichtunterstützten**, betragen im **Laufe** **Januar 1921** **15876 Männer** und **6827 Frauen**, zusammen **22703 Erwerbslose**, wovon aber nur **9080** **Unterstützung** bekamen. **13123 Erwerbslose** mit ihren **Familien** sind damit dem **Staat** **preisgegeben**. So steht die **Rechtslage** der **kapitalistischen „Ordnung“** aus, die zu **besitzigen** das **Proletariat** nur in **gemeinsamer Front** mit allen **Unterdrückten**, im **Kampfe** gegen die **Bourgeoisie**, vermag.

Die **streikenden Konfektionsarbeiter** werden von den **Konfektionsmillionären** als **Gesandte** bezeichnet. Der **Großkonfektionär** **Richard Weinberg** in **Firma Heilmann & Seidenberg**, **Graupentstraße 6/12**, gibt sich alle **erdentliche Mühe**, **Streikarbeit** unterzubringen. Zum **Schutze** derselben hat er die **Sicherheitspolizei** anrufen. Als ein **streikender Kollege** sich darüber äußerte, daß die **Polizei** nicht alleine zum **Saube** der **Geldsäcke** da sei, sondern auch für sie, sagte **Herr Weinberg** wütend: **Wir haben die Polizei** gerufen, weil uns **sonst das Geißel** der **Sachen** jeithält. Weiter sagte **Herr Weinberg**: **Sie können streiken** zum **erbrechen**, auf den **Knie** sollen sie zu uns kommen.

Arbeiter und Bürger von **Breslau!**
Das ist die **Sprache** der **Kapitalisten** gegenüber **Streikenden**. Deshalb **übt Solidarität**. Jede **Streikarbeit** in der **Perren- und Knabenleiderkonfektion** muß **verhindert** werden.
Das **Streikomitee**.

Kollegen der **Bekleidungsindustrie!** Es muß mehr **geschehen**, als nur die **Streikarbeit** in der **Perren- und Knabenleiderkonfektion** zu **verhindern**, als eine **papierner** **Solidarität** zu **üben**. Das **gesamte Proletariat** der **Bekleidungsindustrie** muß **aufstehen**. Während **eure Kollegen** um ihre **notwendigsten Bedürfnisse** kämpfen, dürft ihr nicht länger auf der **Bude** sitzen und den **Zimmerladen** schwingen. Der **Kampf** der **Konfektionsarbeiter** ist **eurer eigener Kampf** und wenn **eure Kollegen**, weil ihr **unfähig** beiseite steht, wirklich den **Kampf** **erfolglos** abbrechen müssen, dann **tragt** ihr die **Schuld**.

Die fadenförmige Demokratie.

Für die **Lebhaber** der **Demokratie** ist die **Wahlerei** das **Wesentlichste** und **nichtwichtigste** derselben, der an der **Gleichheit** der **Stimmzettel** zweifelt. Um der **Popanz** recht **wirklich** zu **gehellen**, hat die **Staatsgewalt** übrigens **Nechtsnormen** geschaffen, die **wenigsten** den **Schein** von **Freiheit** und **Gleichheit** **wahren** sollen. Der **dünne Schleier** wird **gerissen**, wenn die **Not** es **erfordert**. Ein **Sieb** darüber können die **Faschinen** des **Genehmigungs-Büro** singen. **Wachstumsfähigkeit** sind die **vorliegenden** **Genehmigungen** vom **deutschen** **Recht** durch die **herrliche** **Staatsfürsorge** **genesen**, so daß **mehr** der **Kommunismus** als **Deutsch-national** für sie in **Betracht** kommt. Das **Wesen** der **Wahlkommission** sowie der **Wahlleitung** nicht zu **behagen** und sie **hofft** sich **mehr** **stiftig** als **gerecht** auf **folgende** **Weise**. Zuerst **nach** der **Devise** „**widerstehe** den **Anfängen**“ wurde **niemand** mit **Flugblättern** **unserer** **Partei** in **dieses** **Vorwahr** **gelassen**. **Später**, an dem **frühen** **Tag**, als der **preussische** **Staat** auf dem **lichten** **Boden** des **Stimmzettels** **schwebte**, wurden die **Urnen** am **11. Uhr** **geöffnet** und die **Wahl** für **ungültig** **erklärt**. Grund: Die **Urnen** hatten für **Kreis** und **Provinz** **nicht** **ausgewählt**. Dieser **Grund** ist **unergündlich**, es sei denn, daß für die **Urnen** **Polen** **und** **Rußland** eine **besondere** **Wahlgesetzgebung** **ergriffen**. **Leute**, die **gleich** das **Schicksal** **annehmen** können auch an eine **Wahlkontrolle** **denken**. Uns **liegt** natürlich eine **solche** **böswillige** **Unterstellung** **ferne**. Am **nachmittags** **nachmittags** **Wahlerei**; **hoffentlich** **sind** **dabei** die **höhen** **Geister** der **Rebellion** von **einer** **nachmittags** **Anwendung** der **Stimmzettels** **waffe** **abgeschreckt** **worden**. Der **Staat** ist **gerecht**, aber was **sagt** die **bürgerliche** **Demokratie** dazu. Für **dergleichen** **Wahlvergehen** gibt es **doch** **halbwegs** **gesetzliche** **Strafen**. **Wird** die **Justiz** **zum** **eingreifen** **oder** **nicht**? **Wer** an den **schönen** **Kann** der **bürgerlichen** **Gerechtigkeit** **glaubt**, **wird** **selig**. **Wir** **glauben**, daß die **beilige** **Rache** **ist** **nicht** in den **heiligen** **Wald** von **Polen** **und** **Rußland** **verirren** **wird**.

Lokales.
Breslau, den 25. Februar 1921.

Sämtliche Postabonnenten **Breslaus** werden **gebeten**, **angehend** ihre **Adressen** **Nikolaistraße 48/50** **abzugeben**.

Roslau oder Amsterdam. — Die **Anteils-** **andere** **in** **DEB**.

Roslau oder Amsterdam, **h. h.** die **Frage** **Klassenkampf** **oder** **reformistische** **Verzerrung**, **ist** **heute** die **Streiffrage** in **den** **Gewerkschaften**. Eine **Ärztung** darüber bei den **Eisenbahner** **herbeiführen**, war der **Zweck** einer am **22. Februar** im **Gewerkschaftshaus** vom **Verbanne** **einberufenen** **Versammlung**.

Berjammlungsstaler.

Mitgliederversammlung. **Freitag**, den **25. Februar**, **abends** **7 1/2 Uhr**, im **Festsale Sanssouci**, **Mehlgasse**. **Referent:** **Gen. Kumerov**. **Thema:** **Unsere** **Wertung** **der** **Wahlergebnisse**.

Bauerbeiter-Verband. **Versammlung** **Freitag** **abend** **7 Uhr**, im **großen** **Saal** des **Gewerkschaftshauses**. Die **Wichtigsten** der **Tagesordnung** **erfordert** **allzeitiges** **Erscheinen** **der** **Mitglieder**.

Gingefandt.
(Für **Zuschriften** unter **dieser** **Kubik** **übernimmt** die **Redaktion** **mit** **der** **preisgezügliche** **Verantwortung**.)

Im **Obertor** **Lichtspielhaus** **Beintraße** **63/65** **wird** **von** **Freitag** **bis** **Montag** die **gemaltene** **Sittentragedie** in **6** **Doppel-** **akten**, **„Das** **Rädchen** **aus** **der** **Altestraße“**, **II. Teil**, mit **kurzer** **Erwählung** **des** **I. Teil** **gezeigt**, daher **für** **jeden** **Besucher** **leicht** **verständlich**. Der **Film** **hält** **jeden** **von** **der** **ersten** **bis** **zur** **letzten** **Szene** in **dauernder** **Spannung**. **Außerdem** **gelangt** **nach** **ein** **er-** **greifendes** **Wid-** **West** **Drama** **„Bob** **Cray“** **der** **Sträfling**, **8** **große** **Akte**, **zur** **Aufführung**. Die **Begleitmusik** **wird** **nach** **wie** **vor** **in** **klüftlicher** **Weise** **durchgeführt** **und** **findet** **den** **vollsten** **Beifall** **des** **Kinopublikums**. (Siehe **Inserat**.)

Herausgeber: **Sozialistischer** **Verlag** **e. V. m. b. H.**
Kanonien-Expedition: **Breslau** **5**, **Rufensteinplatz** **7**. **Telefon:** **Oble 1021**
Beantwortlich für **den** **gesamten** **Inhalt** **Kurt** **Reuber**,
für **Inserate:** **Krebschawag** **&** **Meyer**.
Druck: **Buchdruckerei** **Büffel** **&** **Danzel**, **sämtlich** **in** **Breslau**.

Stadttheater.
Freitag 7 Uhr:
Königskinder.
Sonnabend 7 Uhr:
Oryzler in **der** **Häuserwelt.**

Schauspielhaus.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der **graf** **von** **Lescaup.**
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Der **graf** **von** **Lescaup.**

Liebig-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
Monchs **Löwen**
und **die** **glückliche** **Perle**.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 21
und **Nikolaistraße** 9.

Abenteuer-
Sensationsfilm

Strahlungsketten

2 Teile
14 Akte.

I. Teil:
Der **Schred** **aus** **der** **Verbanne**

II. Teil:
Das **Gottschalk** **vor** **dem** **Tode.**

— **Form:** —
Joseph, **Hannover**.

Odertor-
Lichtspiele
Werkstraße 63/58.

Von **Freitag** **bis** **Montag!**
Der **glückliche** **Kind**
Das **Rädchen** **a. d.**
Ackerstrasse

II. Teil:
Mit **klarer** **Erklärung** **des** **I. Teil**, **aber** **für** **jeden** **Verstand** **leicht** **verständlich**. **Was**, **welcher** **den** **I. Teil** **noch** **nicht** **kennt**, **die** **genau** **richtige** **Situa-** **Tion**. **2** **Doppel-** **Akte**.

Form: —
Bob **Cray**, **der** **Sträfling**
Republ. Wald-West-Drama
3 **große** **Akte**.

ZEPTE-
KINO

Harry **Piel**
Kampf **d. Teufels**
5 **Akte**

— **Form:** —
Apachen **Vampir**.

Palast-
Theater

Der **Verpflichtete**
des **Thunfischs**
nach **dem** **Roman:**
Ne **glückliche** **Kamerad.**

— **Form:** —
Kranke **Kantner**
und **die** **glückliche** **Lebenswelt.**

Wiederverkäufer!

Strahlungs, **Sonnen** **6**,
Wald, **1** **trachentlicher**,
Reinhold, **alle**
Kontrollen, **Spezial-**
akt: **Genau** **20** **in** **10**
2 **—** **M. Zwirne** **20**
Wald **4** **—** **M. Schul-**
wald **von** **2.50** **M. an**
Gewinn **oder** **nach**
100 **—** **100** **M. per** **Stück**,
oder **Verkauf** **mit**
auf **Postkarte** **100**
Stück **4.00**.

Liebig, **Poststr. 7.**
Parade, **Oble 1122**

Alumetalle
kauft

Wald, **Kantner** **24.**

Kranke

Herrn **Kranke**, **Hand** **und** **Ge-**
schlechtskrankheiten **behandelt**
mit **Erfolg**. **Viele** **freiwillige**
Anerkennungen **von** **ange-**
klungen **Patienten.**

Wald **4**, **Genau** **20** **in** **10**
2 **—** **M. Zwirne** **20**
Wald **4** **—** **M. Schul-**
wald **von** **2.50** **M. an**
Gewinn **oder** **nach**
100 **—** **100** **M. per** **Stück**,
oder **Verkauf** **mit**
auf **Postkarte** **100**
Stück **4.00**.

Militär- und
Zivilsachen

neu **und** **gekauft**
in **10** **11** **Industrie**
Reinhold **Genau** **20** **in** **10**

Reinhold **Genau** **20** **in** **10**
2 **—** **M. Zwirne** **20**
Wald **4** **—** **M. Schul-**
wald **von** **2.50** **M. an**
Gewinn **oder** **nach**
100 **—** **100** **M. per** **Stück**,
oder **Verkauf** **mit**
auf **Postkarte** **100**
Stück **4.00**.

Reinhold **Genau** **20** **in** **10**
2 **—** **M. Zwirne** **20**
Wald **4** **—** **M. Schul-**
wald **von** **2.50** **M. an**
Gewinn **oder** **nach**
100 **—** **100** **M. per** **Stück**,
oder **Verkauf** **mit**
auf **Postkarte** **100**
Stück **4.00**.

Wandervolle
Spitze

Büste
wird **erzielt**
durch **meine** **altbewährten**

Büstenpräparate

zu **Mk.** **7.** **—** **und** **Mk.** **9.** **—**
beide **zusammen** **Mk.** **16.** **—**

Ferner **erhältlich** **bei**

Perioden-
störung

u. **Unregelmäßigkeiten**
meiner **altbew.** **Präpar.** **Viele**
freiwill. **Dankschreiben.** **Preis**
Mk. **12.** **—** **und** **Mk.** **19.** **—**
Katalog **60** **Pl.** **in** **Marken.**

Fr. Barthel **Wald** **71/72**
Genau **20** **in** **10**

Salo **Tickner** **&** **Co**
Kantner **24** **Poststr.** **25b**
Reinhold **Genau** **20** **in** **10**
2 **—** **M. Zwirne** **20**
Wald **4** **—** **M. Schul-**
wald **von** **2.50** **M. an**
Gewinn **oder** **nach**
100 **—** **100** **M. per** **Stück**,
oder **Verkauf** **mit**
auf **Postkarte** **100**
Stück **4.00**.

M. Markus
Ausserst **billig**

Socken, **Damen-Strümpfe**,
Kinder-Strümpfe **Größe** **2**,
Sternzwirn, **Gummiband** **etc.**
Kupferschmiedestr. 31,
Ecke **Stockgasse.**

Genossen und Genossinnen!

Verkauf **billiger** **Strümpfe**, **Socken**, **Wäsche**,
Handtücher, **Strickwaren**, **Reinhold**,
festige **Frauen- und** **Kinderstrümpfe**, **Schleier**,
stoff, **Handschuhe**, **Reinhold**, **Socken** **in** **ver-**
schiedenen **Farben**, **weisser** **Woll**.

Berkant **Gonnabend** **und** **Gonndes**

Da **kein** **haben**, **bietet** **für** **unser** **Genossen**
günstige **Gelegenheit** **zu** **billigen** **Preisen**
Gen. Kabs, **Heiliggeiststraße** **3** **pt.**